Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen Büros

Beschluss der 20. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen und Gleichstellungsbeauftragten in Wuppertal vom 02.05. bis 04.05.2010

Einführung der Workplace Policy: Unternehmen sagen Nein zu Häuslicher Gewalt

Beschluss:
Die Bundesregierung wird aufgefordert, die von TERRE DES FEMMES in Deutschland eingeführte Strategie der Workplace Policy in Unternehmen der Privatwirtschaft und Behörden einzuführen.

Dazu fordern wir die Bundesregierung auf:
1. Die Strategie der Workplace Policy in geeigneter Weise gesetzlich zu verankern
2. Die Konzepte und Erfahrungen zu nutzen und die Menschrechtsorganisation TERRE DES FEMMES einzubinden
3. Die Unternehmen und Behörden in geeigneter Weise zu informieren und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schulen

Begründung:
Aufgrund der hohen Anzahl von Fällen Häuslicher Gewalt (lt. Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von 2005 erlebt jede vierte Frau Häusliche Gewalt) ist es sehr wahrscheinlich, dass in Unternehmen MitarbeiterInnen beschäftigt sind, die entweder als Opfer oder als TäterIn von Häuslicher Gewalt betroffen sind.

Die Auswirkungen von Häuslicher Gewalt sind nicht nur auf die eigenen vier Wände beschränkt, sondern beeinflussen stark das Arbeitsleben betroffener Beschäftigter. Viele der Betroffenen werden sogar am Arbeitsplatz verfolgt.

All dies beeinträchtigt die Leistungsfähigkeit der Beschäftigten negativ und führt oft zu Fehlzeiten. Dies hindert ArbeitnehmerInnen daran, ihre Arbeitsleistung dem Unternehmen vollständig zur Verfügung zu stellen.

Betroffene Personen können durch die betriebliche Unterstützung, die eine Workplace Policy beinhaltet, ihre Qualifikationen im vollen Umfang zur Verfügung stellen und wahren sich weiterhin ihre finanzielle Unabhängigkeit. Unternehmen und Verwaltungen haben im Rahmen ihrer Fürsorgepflicht ein erhebliches Interesse daran, die Gesundheit der MitarbeiterInnen zu erhalten und zu schützen.